

– Liberale Heimat –

Zukunft aktiv mitgestalten

FDP

Die Liberalen

... im Landkreis Hersfeld-Rotenburg!

Aus dem Inhalt:

- Hersfelder SPD auf Lafontaine-Kurs
- Basta-Beck: Kein Linksbündnis in Hessen ... – oder jetzt doch?
- Aus der Bad Hersfelder Stadtverordnetenversammlung: Detailliertes Dossier zur Vitalisklinik
- Moderne Vermarktung im Gesundheitswesen
- Ihre Empfehlung

Dies ist eine Publikation des Kreisverbandes Hersfeld-Rotenburg der Freien Demokratischen Partei (FDP).
V.i.S.d.P.: Thomas Fehling
FDP Hersfeld-Rotenburg
Klausstraße 31
36251 Bad Hersfeld

Hersfelder SPD auf Lafo-Kurs

Der politische Wettbewerb will die Bad Hersfelder FDP jetzt in eine Bürger feindliche Position drücken, obwohl bei der kritischen Sicht zur Vitalis-Übernahme lediglich eine liberale Grundhaltung – nämlich keine Staatswirtschaft – vertreten wurde.

Die Übernahme der Vitalisklinik durch die Stadt Bad Hersfeld stellt einen deutlichen Trend hin zur Staatswirtschaft dar. Offenbar zeigen die Sozialdemokraten in Bad Hersfeld Tendenzen, den Forderungen der Linkspartei zur Verstaatlichung von Kliniken, Energieunternehmen und anderen Firmen (wie in Russland) vorwegzukommen. Vielleicht will die heimische SPD damit ein Aufkommen der Linkspartei in Bad Hersfeld verhindern, indem sie deren Forderungen aus Eigenantrieb erfüllt. Man muss wissen, dass die heimische SPD zu den großen Unterstützern von Frau Ypsilanti und deren Linkskurs gehört. Der heutige Landtagsabgeordnete Warnecke hatte sich stark für Andrea Ypsilanti als Kandidatin für das Ministerpräsidentenamt eingesetzt und unterstützt den Ypsilanti-Kurs zur rot-grün-roten Ministerpräsidentin.

Die Bad Hersfelder SPD liegt wie die Hessen-SPD auf einem klaren Lafontaine-Kurs.

Eine Lafontaine-Politik tragen wir Liberale aber nicht mit!

Basta-Beck: Kein Linksbündnis in Hessen! – ...oder doch?

Im letzten Rundschreiben hatten wir von Basta-Beck berichtet, welcher ja angeblich ein Machtwort sprach und einen weiteren Versuch von Frau Ypsilanti, sich mit Hilfe der Lafontaine-Partei zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, untersagte.

Nun, so Basta scheint bei Kurt Beck das Basta nicht zu sein.

Offenbar ist momentan alles reine Spekulation. Lassen wir uns also überraschen, wer mit welchem Kopf gegen welche Wand läuft und wer danach wessen Kopf verliert.

Aus der Bad Hersfelder Stadtverordnetenversammlung

Übernahme der Vitalisklinik durch die Stadt Bad Hersfeld

Glückwunsch an die Vitalis-Aktivisten. Ein Sieg der Vernunft? Oder der Höhepunkt einer clever arrangierten Hysterie?

Dieser Beitrag will mit einigen Tagen Distanz zum vorläufigen Höhepunkt (der Entscheidung für die Stadt) den Ablauf noch mal aus verschiedenen Blickrichtungen betrachten und versuchen, die kritische Haltung der beiden FDP-Stadtverordneten Bernd Poppe und Thomas Fehling sowie des zur Fraktion „Mitte Hersfeld – Die Stadtpolitiker“ gehörenden Stadtverordneten Jochen Kreissl verdeutlichen.

Der Ablauf

Im Februar 2008 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Annahme des damals vorliegenden Angebotes (Anlage 7 zur Beschlussvorlage 401/17) zur Übernahme der Klinik (das so genannte 1€-Angebot). Allerdings wollte die Stadt die gravierenden Risiken, die von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft festgestellt wurden und bis dato von niemand wirklich beziffert werden konnten, nicht blanko übernehmen. Dementsprechend kam kein Vertrag zustande und der Bürgermeister erklärte die Verhandlungen für gescheitert. Am 14. April 2008 teilte er in einem Schreiben an das HKZ diesen Sachstand mit. Dies war die Grundlage für das HKZ, aktiv zu werden und ein konkretes Angebot abzugeben. In der Stadtverordnetensitzung im April wurde eine Anfrage der Fraktion „Mitte Hersfeld – Die Stadtpolitiker“ zum Sachstand der Verhandlungen mit „Die Fragen sind obsolet.“ beantwortet. In der öffentlichen Haupt- und Finanzausschusssitzung (HFA) am 5.6.08 erklärten der Bürgermeister und der SPD-Fraktionsvorsitzende Wennemuth, dass es keine politische Mehrheit mehr für eine Übernahme gäbe, da niemand den Vertrag mit den immensen Risiken seitens der Stadt unterzeichnen will. Dafür gab es von allen Anwesenden in HFA breites Verständnis. Anschließend berichtete ein leitender Mitarbeiter der Vitalis im Ausschuss über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem HKZ. Er zeigte sehr detailliert auf, wo die

Schwächen des HKZ-Angebotes lägen und wie die Stadt doch noch zum Zuge kommen könnte. Ob der Mitarbeiter dabei Betriebsgeheimnisse, die er nur als Mitglied eines besonderen Gremiums kennen konnte, öffentlich „verriet“, ist sicherlich getrennt zu untersuchen. Auf der Grundlage dieser Informationen kam der Vorschlag, dass sich alle Fraktionsvorsitzenden zusammenfinden und noch mal das Gespräch mit der MediClin AG suchen sollten. Dies wurde auch beschlossen. Die Bereitschaft der Fraktion „Mitte Hersfeld – Die Stadtpolitiker“ zu weiteren Gesprächen beruhte auf zwei Bedingungen: Die Bereitschaft zu Gesprächen umfasse keine Blanko-Zustimmung zum Verzicht auf erforderliche Garantien und Zusicherungen durch die MediClin und alle Fraktionsvorsitzende sollen Einblick in den Sachstand der Fakten erhalten. Das gemeinsame Gespräch kam nicht zustande und die Einsicht in die Faktenlage gab es auch nicht. Stattdessen wurden die weiteren Verhandlungen durch die Wirtschaftsbetriebe GmbH, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt, fortgesetzt. Am 11. Juni erging dann ein notariell beglaubigtes Angebot der Wirtschaftsbetriebe GmbH an die Kraichgau-Klinik AG. Die formale Zustimmung der notwendigen Gremien wurde am 16.6.08 (Gesellschafterversammlung) nachträglich eingeholt. Am 12.6. beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Verwendung eines städtischen Haushaltsüberschusses von 2 Mio Euro in die Rücklage zu stellen und als Eigenkapital für die Vitalisklinik GmbH & CO. KG fließen zu lassen. Das Angebot der Stadt wurde am Montag, den 21. Juli 2008, nochmals um 250.000 Euro erhöht. Am 24. Juli 2008 gab das HKZ bekannt, dass es der Stadt erneut den Vorzug ließe, sofern die MediClin AG das bessere Angebot der Stadt annehmen will. Am 25.7.2008 gab der Aufsichtsrat der MediClin AG der Stadt bzw. der Wirtschaftsbetriebe GmbH den Zuschlag.

Die gesellschaftliche Perspektive

Dies ist vielleicht die am meisten beeindruckende Blickrichtung. Rund 60 Mitarbeiter harrten in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im April 2008 bis zum Schluss aus, um Neues zu erfahren und wurden durch die schlichte Antwort „Die Fragen sind obsolet.“ hochgradig empört.

Dies kann wohl als Startpunkt eines unglaublich beeindruckenden Engagements der Vitalis-Mitarbeiter gesehen werden. Nun begann der Kampf. Die Mitarbeiter demonstrierten, schrieben Leserbriefe, machten Eingaben und sorgten mit einer aktiven Pressearbeit für enormes Aufsehen. Sie erzeugten eine Welle der Solidarität, wie man sie lange nicht gesehen hat. Sie gaben nie auf. Auch zum Zeitpunkt, wo es bereits einen schriftlichen Vertrag zwischen der MediClin AG und dem HKZ gab, wurden alle Hebel gezogen und weiterhin politischer Druck aufgebaut. Der Höhepunkt der Aktivitäten fand sich am Wochenende 12.07.08, wo an verschiedenen Standorten in Bad Hersfeld und im Landkreis insgesamt rund 12.000 Unterschriften gesammelt wurden. Eine wirklich beeindruckende Leistung. Man konnte fast von einer Vitalis-Euphorie, vielleicht sogar von einem Bad Hersfelder Sommermärchen sprechen. So phantastisch dies klingt, so kritisch kann man es auch sehen. In dieser Euphorie wurde auf viele Bürger – auch die Parteien – ein gesellschaftlicher Druck aufgebaut, dem sich kaum jemand entgegensetzen traute. „Wie? Du bist gegen die Rettung der Arbeitsplätze?“, war eine der freundlichen Erwiderungen, die den Bürgern teilweise vorgehalten wurden. Dabei kann man sicherlich davon ausgehen, dass grundsätzlich niemand gegen die Erhaltung der Klinik in Bad Hersfeld war und ist. Aber zu welchen Konditionen? Und wer soll das bezahlen? All diese Fragen wurden beiseite gelegt und die Fragesteller als Bedenkträger, Nörgler und ewige Pessimisten abgestempelt. Unter diesem Druck unterzeichnete mancher, der sein Tun später in Frage stellte. Man kann also sagen, die Aktivisten haben es blendend verstanden, die Bürger für ihre Interessen zu motivieren bzw. einzusetzen.

Fazit: Hochachtung für das persönliche Engagement der Vitalis-Mitarbeiter!

Die juristische Perspektive

Am Ende kann man sagen, dass die Stadt mit allen Haken und Ellbogen gekämpft und gewonnen hat. Alle Höhen und Tiefen ließen sich somit als Strategie eines harten Pokers auslegen. Und dass ein kaufmännisches Ehrenwort und Verlässlichkeit in der Wirtschaft ohnehin nur Museumscha-

rakter haben, wurde in dem Verfahren leider mal wieder anschaulich dargelegt. Ein Bürgermeister erklärt Verhandlungen für beendet, um sie später wieder aufzunehmen; eine Kapitalgesellschaft unterzeichnet einen Vertrag, um ihn später wieder zu revidieren. Alles sicherlich keine Merkmale, um den Glauben und das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Staat und die soziale Marktwirtschaft zu steigern. Aber diese Aspekte haben juristisch keine – oder nur nachrangig – Belang. Fakt ist, dass die Wirtschaftsbetriebe GmbH einen Vertrag zur Übernahme der Klinik eingegangen ist. Allerdings gibt es bei dem Vertrag und den Schritten bis zur Unterzeichnung einige Punkte, die einer genaueren juristischen Betrachtung unterzogen werden sollten. Möglicherweise müssen die Kommunalaufsicht und die Staatsanwaltschaft aktiv werden. Ausgangspunkt der Verhandlungen bzw. der Vertragsschließung ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Februar 2008, in dem die Annahme eines damals vorliegenden Angebotes (Anlage 7 der Beschlussvorlage 401/17) beschlossen und der Magistrat zur Ausführung ermächtigt wurde. Dieser Beschluss deckt den heutigen Vertrag nicht ab, denn sowohl die Konditionen des Vertrages als auch die Vertragspartner selbst haben sich signifikant geändert. Dies wird durch die Beantwortung der Anfrage (Drucksache 449/17 vom 24.4.) durch den Bürgermeister untermauert. Dort heißt es (Zitat): „Die Verhandlungen mit MediClin AG zur Übernahme der Vitalisklinik im Rahmen des von der Stadtverordnetenversammlung am 7.2.08 beschlossenen Share-Deals sind gescheitert. Ob es zu einem Asset-Deal kommt, bleibt abzuwarten und unterliegt dann ebenfalls der grundsätzlichen Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung. Infolgedessen sind die Fragestellungen der Fraktion obsolet.“ Eine neue Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung für einen so genannten Asset-Deal gibt es bis heute nicht. Weder der Magistrat noch deren Tochtergesellschaft wurden von den Stadtverordneten ermächtigt, einen Vertrag zu einem „Asset Deal“ abzuschließen. Hier stellt sich also die Frage, ob der jetzige Vertrag überhaupt von den Beteiligten hätte geschlossen werden dürfen. Der Beschluss im Februar wurde unter der Prämisse getroffen, dass die Klinikübernahme ohne Auswir-

Aus der Bad Hersfelder Stadtverordnetenversammlung (...Fortsetzung)

kungen auf den städtischen Haushalt bliebe. So zumindest die mündliche Begründung durch den Bürgermeister und die weitere Argumentation der SPD-Fraktion. Der nun geschlossene Vertrag weicht von dieser Vorgabe deutlich ab.

Das Angebot der Wirtschaftsbetriebe Bad Hersfeld GmbH an die Kraichgau/MediClin AG beinhaltet eine Zusicherung, dass bei Übernahme keine Insolvenz der Klinik bis Ende 2009 angemeldet wird. Diese Zusicherung ist aus der Sicht mehrerer Juristen unzulässig, da hierbei ein zivilrechtlicher Vertrag über Gesetze gestellt werden soll. Unabhängig von der juristischen Zulässigkeit stellt sich die inhaltliche Frage, warum der Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe GmbH (Bürgermeister Bohmer) diese Aussage traf. Es steht zu befürchten, dass bereits während der Angebotslegung eine Insolvenz der Klinik für 2010 oder 2011 ins Kalkül gezogen wurde. Rein spekulativ könnte der Hintergrund sein, dass man sich dann der getroffenen Zusagen bzw. der Verpflichtungen entledigen will. Aufgrund der gemachten Zusage muss im Falle einer Insolvenz in 2010 oder 2011 eine vorsätzliche Absicht zur Insolvenz vermutet werden. Die Zeit wird es zeigen.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.6.08 (Drucksache 471/17), in dem 2 Mio Euro als Zuführung zur Rücklage und zur späteren Verwendung als Eigenkapital für die Vitalisklinik festgelegt wurden, steht auf wackeligen Beinen. Wir teilen nicht die Einschätzung der Kommunalaufsicht, dass es bei dem Volumen um eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung unterhalb der Erheblichkeitsgrenze handelt. Dieser Betrag stellt eine Teilfinanzierung eines Großprojektes dar, welches über verschiedene Geldzuflüsse und zukünftige Verpflichtungen finanziert werden soll. Damit die Stadtverordnetenversammlung (als oberstes kommunales Organ) einen Überblick erhält, wie sich der Klinikerwerb insgesamt auf die städtische Haushaltslage auswirkt, ist eine Haushaltsvorlage mit einer gesamthaften Übersicht der Mittelverwendungen über alle Haushaltsstellen und eventueller Verpflichtungsermächtigungen, die sich z.B. durch die Zusage der Wirtschaftsbetriebe GmbH ergeben, sowie Darstellung der Risiken für die Stadt erforderlich ist. Nach Ansicht erfahrener

Kommunalpolitiker stellt das Gesamtvolumen der Klinikübernahme eine nennenswerte Veränderung der städtischen Finanzlage dar, so dass der Investitionszuschuss nur über einen ordentlichen Haushalt oder eine Nachtragssatzung hätte zugewiesen werden dürfen. Nach unserer Einschätzung greift hier § 98 (2) bzw. (3) HGO und die unverzügliche Erstellung einer Nachtragssatzung ist erforderlich. Die Verwendung der Rücklage als Eigenkapital der Vitalisklinik Bad Hersfeld GmbH & Co. KG ist somit ohne Nachtragssatzung unzulässig.

Der Vertrag zwischen den Wirtschaftsbetrieben und der Vitalis-GmbH & Co. KG enthält Punkte, die ebenfalls kritisch zu beleuchten sind. Unter Punkt VIII. sichern die Wirtschaftsbetriebe zu, dass innerhalb der folgenden drei Jahre insgesamt 7 Mio Euro zu investieren sind. Die Finanzierung erfolgt aus Überschüssen der städtischen Haushalte. Dies wirft die Frage auf, ob eine Tochtergesellschaft ohne Zustimmung des obersten städtischen Gremiums (der Stadtverordnetenversammlung) zukünftige Verbindlichkeiten für die Stadt eingehen darf. Die Frage ist ganz klar mit ‚NEIN‘ zu beantworten!

Unter Punkt IX. besagt der Vertragsentwurf, welcher durch die Gesellschafterversammlung am 12.6.08 bestätigt wurde, dass das Kaufangebot an die Kraichgau-Klinik zur Übernahme des Anwesens automatisch am 15.7.08 auslief. Eine Verlängerung des Kaufangebotes bzw. eine Neufassung wurden nicht von der Gesellschafterversammlung beschlossen. Der Geschäftsführer der GmbH kaufte möglicherweise unberechtigt (auf der Grundlage eines abgelaufenen Angebotes) ein Grundstück mit Immobilie und überschritt dabei seinen Kompetenzrahmen. Zu prüfen ist, ob der Geschäftsführer für diese nicht autorisierte Handlung persönlich in Regress genommen werden kann. Ebenso sollte geprüft werden, ob der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung ihrer Prüf- und Aufsichtspflicht ordentlich nachgekommen sind oder ob diese beiden Gremien im Rahmen ihrer Organisationshaftung Schadensersatz pflichtig gegenüber der Stadt Bad Hersfeld und den Bürgern wären.

Sollte eine Prüfungsinstanz den Betrachtungsrahmen einiger städtischer Vorgänge der letzten Jahre daraufhin erweitern wollen, ob Kaufverträge von Gelände und Immobilien, die vom Bürgermeister

in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer von städtischen Tochtergesellschaften eigenmächtig vollzogen und wiederholt erst im Nachhinein von den zuständigen Gremien genehmigt wurden, auf ein unzulässiges methodisches Vorgehen deuten, so werden hierbei sicherlich einige Strukturkenntnisse offen gelegt. Grundlage dieser Sichtweise ist der Vorgang Stadthaus-Bau aus dem Jahre 1980. In seiner Rede am 3.10.80 sprach Bürgermeister Bohmer von einem Modellcharakter des Projektes. Damals wurden die Verträge durch den Bürgermeister unterzeichnet und erst anschließend durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Es steht zu vermuten, dass dieses unzulässige ‚Modell‘ inzwischen mehrfach praktiziert wurde. Als Beispiel sei der Erwerb des BGS-Geländes durch die HLG im Auftrag der städtischen SEG von der Fa. Kirchner genannt. Eine Überprüfung aller großen Geschäfte der letzten Jahre der städtischen Tochtergesellschaften wird ergeben, ob weitere Abschlüsse ohne vorherige Genehmigung durch die relevanten städtischen Gremien in Bad Hersfeld getätigt wurden und ob dieses Vorgehen inzwischen quasi schon zum Gewohnheitsrecht wurde.

Die finanzielle Perspektive

Wie bereits ausgeführt, starteten die politischen Bemühungen unter der Prämisse, dass die Übernahme ohne Auswirkungen für den städtischen Haushalt bliebe. Davon kann nun keine Rede mehr sein. Aus städtischen Geldern werden 2,5 Mio Euro für das Grundstück und die Immobilie bezahlt. Der laufende Betrieb wird für 750.000 Euro übernommen. Zudem sollen 7 Mio Euro aus städtischen Überschüssen in die Klinik investiert werden. Von diesen Zahlen unberücksichtigt bleiben eventuelle Risiken wie z.B. Pensionslasten, Liquiditätsengpässe aufgrund Zwischenfinanzierung, der Kosten des Managementvertrages oder Kapazitätseinschränkungen aufgrund der Gebäudesanierungen, die bislang nicht ausreichend beziffert wurden. Auch liegen den Stadtverordneten keinerlei belastbare Geschäftspläne, die fundierte Entscheidungen rechtfertigen, vor. Dem Bürger sollte zumindest deutlich werden, dass alleine die bislang bekannten Gelder im Volumen von rund 10 Mio Euro aus städtischen Quellen finanziert werden müssen. Entweder müssen dafür andere Vorhaben zurück-

gestellt werden oder die Stadt muss nennenswerte Schulden machen oder die Gebühren und Abgaben werden steigen. Eine bedeutsame Einnahmequelle der Stadt sind die Stadtwerke, welche alleine in 2007 bei einem Gewinn von rund 4,1 Mio Euro eine Gewinnabführung an die Stadt von 1,9 Mio Euro sowie eine Netzaufgabe von 1,35 Mio Euro bezahlten. Diese sprudelten Gewinne basieren auf überzogenen Strom-, Gas- und Wasserpreisen, mit denen die Bad Hersfelder Stadtwerken deutlich über den Bundesdurchschnitt liegen (siehe dazu Vergleiche unter www.verivox.de). Den Ergebnisberichten der Stadtwerke Bad Hersfeld kann man entnehmen, dass die Umsätze der Stadtwerke konsequent rückläufig sind. Wenn die Stadt die Klinikübernahme und die anderen Großprojekte wie Kurparkunterhaltung, Amazon-Umsiedlung, Babcock-Gelände, Mehrkosten bei Dippelmühle sowie höhere Fehlbeträge bei den Festspielen 2008 solide finanzieren will, sind auch zukünftig deutlich höhere Energiepreise zwangsläufig. In diesem Zusammenhang erscheint es erwähnenswert, dass sich bereits die Mitarbeiter der Stadtwerke über diesen Zusammenhang empören, denn sie fürchten den Verlust ihrer Arbeitsplätze, wenn weitere Bürger und Unternehmen den Stadtwerken als Kunden den Rücken kehren. Die Empörung ist völlig nachvollziehbar und angemessen!

Die Rettung der ca. 40 Arbeitsplätze, die einer Übernahme durch das HKZ verloren gegangen wären, erzeugen somit einen Gesamtaufwand von mindestens 10 Mio Euro. Das entspricht einer Arbeitsplatzsubvention von ca. 200.000 Euro je „geretteten“ Arbeitsplatz. Zu erwarten ist, dass die neuen städtischen Mitarbeiter in absehbarer Zeit um entsprechende Anpassung ihrer Löhne und Gehälter bitten werden. Die Mitarbeiter haben seit Jahren auf Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld verzichtet und keine Lohnerhöhungen erhalten. Auch sollte nicht unerwähnt bleiben, dass durch die Übernahme der Pensionsverpflichtungen zukünftig die Betriebsrenten an die amtierenden Chefarzte durch die städtischen Firmen zu bezahlen sind. Nach inoffiziellen Informationen werden dafür rund 10.000 Euro je Chefarzt im Monat fällig. Wie es sich mit den Betriebsrenten der ehemaligen Chefarzte (deren Höhe ebenfalls mit monatlich 10.000 Euro anzunehmen ist) verhält, ist unklar.

Aus der Bad Hersfelder Stadtverordnetenversammlung (...Fortsetzung)

Auch wenn es die Stadtführung nicht hören will, aber die kürzliche 40%-ige Erhöhung der Friedhofsgebühren kommt auch nicht aus heiterem Himmel. Berücksichtigt man, dass der bisherige Aufschwung kaum bei den Menschen ankam und dass die so genannte Mittelschicht immer stärker vom Staat geplündert wird, so ist die Stadt jetzt auf bestem Wege sich finanziell zu überheben und die Kosten dann auf die Bürger abzuwälzen. Dies wird unausweichlich so kommen, zumal sich die deutsche Wirtschaft bereits deutlich abkühlt und die Gewerbesteuer in den nächsten sicherlich nicht so großzügig ausfallen wird. Da passt es auch ins Bild, dass der Bürgermeister in der letzten Stadtverordnetenversammlung die jährlichen Zinszahlungen der Stadt von ca. 1,2 Mio Euro als unbedeutend nannte. Sind das wieder die berühmten Peanuts, an denen die Kleinbetriebe und Handwerker anschließend zu Grunde gehen?

Die politische Perspektive:

Die Fraktion „Mitte Hersfeld – Die Stadtpolitiker, sowie die FDP und besonders Thomas Fehling mussten sich von Seiten des politischen Wettbewerbs sowie von einigen äußerst engagierten Vitalis-Aktivisten harsche Vorwürfe gefallen lassen. Es wurde und wird unterstellt, dass die Liberalen gegen den Erhalt wertvoller Arbeitsplätze seien. Diese Vorwürfe sind absoluter Unsinn und eine völlig haltlose Unterstellung. Die Kritik der Fraktion bezieht sich auf das Vorgehen zur Klinikübernahme und auf die mit dem Erhalt der Arbeitsplätze verbundenen Kosten und Risiken für die Bürger der Stadt.

In 2007 verhandelte der Bürgermeister ganz alleine mit dem Eigentümer. Immer wieder bis zum Jahreswechsel 2007/08 hieß es, alles sei am Laufen. Dabei konnte man aus persönlichen Gesprächen mit der Geschäftsführung der Vitalis bereits im Oktober/November vernehmen, dass der Aufsichtsrat der LBBW die Verhandlungen mit der Stadt bereits im Spätsommer 2007 einstellte. Der Grund für den Gesprächsstopp lag angeblich im „speziellen Auftreten“ des Bad Hersfelder Bürgermeisters. Ein solches Auftreten wollte sich der Aufsichtsrat nicht bieten lassen. Es bleibt festzuhalten, dass der Bürgermeister über Monate hinweg kommunizierte, alles würde laufen und er hätte alles im Griff. Dies

stellte sich zwischenzeitlich ja bekanntlich als großer Trugschluss heraus. Hätte der Bürgermeister viel früher mit offenen Karten gespielt und andere Fachleute hinzugezogen, so hätten sicherlich viel früher tragfähige Alternativen entwickelt werden können. So aber musste die Stadt aufgrund des politischen Druckes kurz vor Ende des Verkaufsverfahrens einen Schnellschuss vollziehen, um das vermeintliche Abwandern der Klinik noch zu verhindern. Und Zeitdruck treibt bekanntlich die Kosten deutlich nach oben.

Wenn tatsächlich jemand für die die Vitalisklinik ein tragfähiges Konzept vorweisen kann, welches wirtschaftlich ist und mit dem man gutes Geld verdienen kann, dann stellt sich die Frage, warum dieses dem höchsten städtischen Gremium (der Stadtverordnetenversammlung) noch nicht vorgelegt wurde. Auch gilt es zu hinterfragen, warum es trotz angeblich vorliegendem, vermeintlich tragfähigen Konzept keinen so genannten Management-by-out kam. Warum gründeten der Chefarzt und die anderen Mitarbeiter der Vitalis nicht eine eigene Kapitalgesellschaft und führen die Klinik in eigener Regie und auf eigenes Risiko fort? In anderen Branchen ist es absolut üblich, dass Personen, die eine Geschäftschance erkennen, mit ihrem eigenen Geld ein Unternehmen gründen und dieses zum Erfolg führen. Sicherlich käme niemand auf die Idee, dass die Stadt ein Autohaus oder eine Mineralölfirma übernimmt und weiterführt. Warum also eine Klinik, deren Geschäftsfeld nicht zur allgemeinen Daseinsvorsorge der Region gehört. Es hätte sicherlich die Zustimmung der FDP und auch der Fraktion „Mitte Hersfeld – Die Stadtpolitiker“ gefunden, wenn die Stadt mit einem Zuschuss oder einer Bürgschaft eine Form der Anschubfinanzierung geleistet hätte. Damit hätten die Arbeitsplätze auch gerettet werden können. Es stellt sich also die Frage, warum diese Variante nie diskutiert wurde. Vielleicht ist das Vertrauen in die Wirtschaftlichkeit doch nicht groß genug, als dass jemand mit eigenem Geld ins Risiko gehen wollte. Da ist es doch viel einfacher und komfortabler, die Stadt als Retter zu rufen und die Kosten bzw. Risiken durch die Allgemeinheit tragen zu lassen. Um es mal im SPD-Deutsch auszudrücken: Das nennt man Sozialisierung von privaten Kosten.

Aus politischer Sicht muss insbesondere festgehal-

ten werden, dass aufgrund des oben genannten fehlenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung eine politische Willensbildung mit einer Diskussion im Stadtparlament ausblieb. Eine parlamentarische Auseinandersetzung wurde umgangen, indem alle Verträge ausschließlich über städtische Tochterfirmen vollzogen wurden. Mit dem Vorgehen durch den Bürgermeister und der SPD/FWG-Mehrheitsfraktion wurde ein Grundprinzip unserer Demokratie außer Kraft gesetzt. Stattdessen wurde die politische Meinungsfreiheit von gewählten Stadtverordneten mittels Anzeigen in einer Tageszeitung diffamiert. Dies kann man sicherlich als politische Unkultur einstufen. Berücksichtigt man dazu noch, dass die Legitimation der SPD/FWG-Mehrheit im Stadtparlament noch immer durch ein Urteil des Hessischen Verwaltungsge-

richtshofes in Kassel verworfen werden kann und Neuwahlen veranlasst werden können, so ist das Verhalten von SPD und FWG hochgradig kritisch. Die Klinikübernahme kann somit als teures Wählergeschenk für den Fall einer Neuwahl in Bad Hersfeld eingestuft werden.

Hätten der Bürgermeister und die SPD frühzeitig das Unterstützungsangebot der anderen Parteien angenommen, so hätte man garantiert bessere Lösungsalternativen gefunden und die Verfahrensfehler vermeiden können.

Aber eines bleibt gewiss: Das Sommermärchen Vitalis wird die Stadt und ihre Bürger noch lange beschäftigen!

Moderne Vermarktung im Gesundheitswesen

Thomas Fehling unternahm im Herbst 2007 den Anlauf, um durch neue Vermarktungskonzepte zusätzliche Patienten aus dem Ausland für die Vitalisklinik zu gewinnen. Der Versuch traf bei den heimischen Ärzten auf so geringes Interesse, dass keine weiteren Schritte in diese Richtung unternommen wurden. Zwischenzeitlich hat eine andere Klinik aus der Region den Gedanken aufgegriffen und erarbeitet aktuell Marketing-Unterlagen, um auf dem osteuropäischen Raum zahlungskräftige Patienten zu gewinnen. Thomas Fehling hat seine Unterstützung zugesagt, da er aktuell sehr häufig beruflich im Ausland unterwegs ist. Es ist es völlig unverständlich, warum die lokale Wirtschaftsförderung nicht zusammen mit den ansässigen Kliniken diesen Ansatz der Patientengewinnung stärker unterstützt. Es gibt in Bad Hersfeld und im Landkreis viele Personen mit exzellenten (privaten und beruflichen) Kontakten in andere (boomende) Länder. Über diese persönlichen Beziehungen könnten zahlungskräftige Patienten, die durch Angehörige begleitet werden, angesprochen und gewonnen werden. Dies wäre eine relativ einfache, kostengünstige und dafür aber viel versprechende Art der Werbung. Ob dies am Ende der große Erfolg ist, bleibt abzuwarten. Aber einen Versuch ist allemal wert.

The logo consists of the letters 'FDP' in a bold, dark blue, sans-serif font, centered within a light blue square. Below the square is a dark blue horizontal bar containing the text 'Die Liberalen' in white, sans-serif font.

Die Liberalen

– Liberale Heimat –

Bei dieser Publikation handelt es sich um Kommentare und persönliche Bewertungen politischer Vorgänge durch die Autoren. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Freien Demokratischen Partei darstellen.

Weitere Informationen gibt es im Internet:

- www.fdp-hersfeld-rotenburg.de
- www.fdp-hessen.de
- www.blog.tfehling.de

Unsere Empfehlung

Am Wochenende 29.8.-30.8.2008 findet in Bad Hersfeld das
3. Flutlichtrennen auf der Grasbahn am Johannesberg
statt. Das Programm:

Freitag, 29.8.	19.30 Uhr	Fahrvorstellung
	21:00 Uhr	Disconacht mit der FFH Hit ARENA
Samstag, 30.8.	19.00 Uhr	Flutlichtrennen
	21:30 Uhr	Rocknacht mit TAKE FIVE

Wer den neuen VW Scirocco in Augenschein nehmen möchte, kann dies am Samstag ab 19 Uhr tun.
Es lädt Sie ein: Der Motorsportclub Bad Hersfeld e.V.

Am 22.9.2008 findet um 19.30 h das nächste Liberale Gespräch im Hotel Wenzel in Bad Hersfeld statt.

Als Gäste erwarten wir Vertreter der Berufsakademie Nordhessen Studiengang Logistik. Ziel des Abends soll sein, dass die Gäste einen Eindruck darüber bekommen

- wie ein Studium an der Berufsakademie abläuft
- was die Inhalte des Studienganges Logistik in Bad Hersfeld sind
- welchen Nutzen ein BA-Student bzw. -Absolvent dem Unternehmen bringt
- warum dieser Ansatz nicht nur für klassische Logistikunternehmen, sondern auch z.B für Bau-
firmen, Produktionsbetriebe oder Kliniken für optimale Maschinensteuerung und Warenströme
interessant sein kann
- was sich hinter dem großen Begriff „Supply Chain Management“ verbirgt
- uns was unsere Gäste noch so alles interessiert.

Damit wir die Veranstaltung gut vorbereiten können, möchten wir Interessenten bitten, sich vorab in
der FDP Geschäftsstelle in Bad Hersfeld unter Tel 06621/74774 oder per E-Mail: fdphef@innodrom.biz
unverbindlich anzumelden.

Ihre Empfehlung

Wenn Ihnen diese Ausgabe der Liberalen
Heimat gefallen hat und Sie unsere liberalen
Gedanken einmal monatlich gratis direkt per
E-Mail auf Ihren PC erhalten wollen, dann tra-
gen Sie sich auf unserer Webseite

www.fdp-hersfeld-rotenburg.de

unter „Abonnement Newsletter“ ein. Sie er-
halten dann unsere Gedanken als E-Mail-
Rundschreiben zugesendet. Selbstverständ-
lich kostenlos und unverbindlich!

Kopfnuss des Monats

Im Juli wollten wir wissen: 1 2 3 4 5 6 8 9 10 13 14
15 ... – Mit welcher Zahl muss die Reihe fortgesetzt
werden, damit sie dem Gesetz der Regelmäßigkeit
folgt?

Lösung: Es wurden immer Dreiergruppen von auf-
einanderfolgenden Zahlen gebildet. Nach der ersten
Dreiergruppe fehlt keine Zahl, nach der zweiten
Gruppe fehlt eine Zahl und nach der nächsten fehlen
zwei Zahlen. Demzufolge müssen nach der nächsten
Gruppe drei Zahlen fehlen, so dass die Reihe mit der
Zahl 19 fortgesetzt wird.

Und nun die Kopfnuss für August:

Diesen Monat muss das Rätsel leider ausfallen. Die
Darstellung der Seiten 2-7 gibt sicherlich genug zum
Grübeln.